



Beschäftigung von Frauen wächst vor allem in schlecht bezahlten Branchen - Jede elfte von Armut gefährdet

Nachricht von Sabine Zimmermann, 02. März 2015

Seit dem Jahr 2000 ist die Beschäftigung von Frauen um 1,7 Millionen stark gewachsen. Der Zuwachs fand vor allem in Branchen mit geringen Verdiensten statt. Weil zugleich die Zahl der Vollzeitbeschäftigten zurückgegangen ist, steigt der Anteil der weiblichen Beschäftigten, die von Armut gefährdet sind. Jede Elfte ist inzwischen betroffen. Über 700.000 stocken ihr Einkommen mit Hartz IV auf. Das geht aus einer Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE an die Bundesregierung hervor.

Dazu erklärt Sabine Zimmermann, stellvertretende Vorsitzende und arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE: "Es ist nicht hinnehmbar, dass Frauen häufig in schlechter bezahlten Arbeitsverhältnissen landen. Frauen sind nicht Arbeitnehmer 2. Klasse. Ihre wachsende Erwerbstätigkeit sollte genutzt werden die bestehende Ungleichheit aufzubrechen statt wie derzeit ihre Schlechterstellung zu zementieren."

Die Abgeordnete fordert: "Schluss mit den Ausnahmen und einer weiteren Aushöhlung vom

Mindestlohn. Von diesem profitieren Frauen wegen ihrer übermäßigen Niedriglohnbeschäftigung besonders. Wir brauchen zudem eine Aufwertung der weiblich geprägten Dienstleistungsarbeit. Dazu gehören eine bessere Bezahlung und mehr Anerkennung. Wenn Verkäuferinnen, Erzieherinnen und Reinigungskräfte jetzt höhere Löhne fordern, brauchen sie unsere Unterstützung. Zugleich sind bessere Kinderbetreuungsmöglichkeiten nötig, um erzwungener Teilzeitarbeit entgegen zu wirken. Dafür muss die Politik mehr Geld in die Hand nehmen."

Im Einzelnen

Die Beschäftigungszuwächse der vergangenen zehn Jahre betreffen vor allem Frauen. Zwischen 2000 und 2014 (jeweils Juniwerte) ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 2,3 Millionen auf 30,2 Millionen gestiegen. 1,7 Millionen und damit etwa drei Viertel des Stellenzuwachses geht auf Frauen zurück [Tabelle 3a]. Ihre Erwerbsquote stieg von 2000 bis 2013 von 63,0% auf 72,4% [Tabelle 2]. Hier sind neben den sozialversicherungspflichtigen auch die geringfügig Beschäftigten und Selbständigen erfasst. Ein Großteil der Beschäftigungszuwächse findet aber in Branchen mit vergleichsweise niedrigen Verdiensten statt. Das trifft etwa auf das Gesundheits- und Sozialwesen zu, in dem in den zurückliegenden Jahren (2007-2014, andere Zahlen liegen nicht vor) mit 642.000 sozialversicherungspflichtigen Jobs gut jeder dritte neue mit Frauen besetzte Arbeitsplatz entstanden ist. Hier liegt der mittlere Verdienst der weiblichen Beschäftigten, die in Vollzeitarbeiten bei 2.564 Euro brutto im Monat (2013). Der mittlere Verdienst aller Vollzeitbeschäftigte in der Wirtschaft beträgt hingegen 2.960 Euro. Im Handel, bei dem mit einem Plus von 167.000 der drittstärkste

Beschäftigungsanstieg von Frauen zu verzeichnen ist, liegt das mittlere Entgelt weiblicher Vollzeitbeschäftigter sogar nur bei 2.245 Euro im Monat. [Tabelle 5 und 6a]

So ist es nicht verwunderlich, dass Frauen deutlich stärker von Niedriglöhnen betroffen sind: 30,8% gegenüber 18,0 % bei Männern (insgesamt 24,3%, Zahlen 2012, IAQ, Frage 8).

Die systematische Schlechterstellung zeigt sich auch daran, dass Frauen zwar eine Minderheit der Beschäftigten ausmachen, aber die Mehrheit der Beschäftigten stellen, die ihr Einkommen mit Hartz IV aufstocken. Nach letzten verfügbaren Zahlen gab es 701.373 weibliche Aufstocker, 54% aller 1.296.769 Aufstocker [Frage 9].

Bedenklich ist der starke Anstieg der Armutsgefährdungsquote bei arbeitenden Frauen. Sie ist von 7,0% 2009 auf 9,0 % 2013 gestiegen. Das heißt jede elfte Frau ist trotz Arbeit von Armut betroffen. Bei den Männern liegt die Quote deutlich niedriger bei 6,8% [Tabelle 10].

Neben den niedrigeren Verdiensten dürfte die steigende Armutsgefährdung stark mit der zunehmenden Teilzeitbeschäftigung zusammenhängen. Während die Zahl der vollzeitbeschäftigten Frauen zwischen 2001 und 2014 um knapp eine Million auf 7,5 Millionen zurück ging, gab es bei der sozialversicherungspflichtigen Teilzeit ein Plus von 2,5 Millionen auf 6,3 Millionen. Hinzu kommen noch 5,3 Millionen weibliche Beschäftigte, die ausschließlich einen Minijob haben. Gemessen an allen weiblichen Beschäftigungsverhältnissen ist damit der Anteil vollzeitbeschäftigter Frauen von 55% im Jahr 2001 auf 40% im Jahr 2014 gefallen.

Wie aus der Anfrage hervor geht, arbeiten viele weibliche Beschäftigte unfreiwillig Teilzeit. 1,1 Millionen gaben an keinen Vollzeitarbeitsplatz gefunden zu haben. Zwei Millionen Frauen gaben an, wegen der Betreuung von Kindern nur Teilzeit zu

arbeiten, weitere zwei Millionen wegen sonstiger oder familiärer Verpflichtungen [Frage 12 + 13].

linksfraktion.de, 2. März 2015